

Finanzdirektion
des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern

Bern, 22. August 2007

Konsultation „Futura – Zukunft der Vorsorge im Kanton Bern“

Sehr geehrter Herr Finanzdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zum Berichtsentwurf „Futura – Zukunft der Vorsorge im Kanton Bern“ äussern zu dürfen. Gleichzeitig danken wir Ihnen auch für die uns gewährte Fristverlängerung.

Gemäss den Angaben auf der Internetseite des Personalamts (<http://www.fin.be.ch/site/pa-personalamt/pa-aktuelle/pa-futura.htm>) dient das Projekt Futura – insbesondere der vorliegende Bericht – der Analyse des heutigen Vorsorgesystems sowie der „Erarbeitung konkreter Entscheidungsgrundlagen für Regierung und Parlament über einen *allfälligen Wechsel* vom Leistungs- zum Beitragsprimat.“

Angesichts der Wichtigkeit der beruflichen Vorsorge, aber auch vor dem Hintergrund des grossen Bestandes an Versicherten bei der BPK und der BLVK, ist es den Grünen Kanton Bern ein selbstverständliches und wichtiges Anliegen, dass ein allfälliger Entscheid über einen Primatswechsel auf einer seriösen, unvoreingenommenen Grundlage erfolgen kann. Entsprechend erwarten die Grünen, dass der Bericht eine hohe Qualität und Vollständigkeit aufweist. Nur ein solcher Bericht ermöglicht eine sachliche, lösungsorientierte Debatte.

Die Grünen gelangen nach der Lektüre des Berichts zur Einschätzung, dass die Konsultationsversion diesen Anforderungen nicht standzuhalten vermag. Der Bericht erweckt bedauerlicherweise oft den Eindruck, dass hier weniger eine unvoreingenommene Entscheidungsgrundlage präsentiert wird, sondern vielmehr ein Argumentarium für einen längst getroffenen Entscheid. Wie der Auftrag des sog. Projekts „Futura“ richtigerweise aufzeigt (siehe Bericht Seite 11), ist dies nicht der Fall. Zudem weist der Bericht zahlreiche

unverständliche Lücken bzw. fehlende Angaben auf, welche wir nachstehend Kapitel für Kapitel näher beleuchten.

Kapitel 4 Allgemeine Grundzüge und Erläuterungen

In Kapitel 4 wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass bei der Diskussion von Vorsorgesystemen nicht nur zwischen Leistungs- und Beitragsprimat, sondern ebenso zwischen der individuellen und kollektiven Finanzierung unterschieden werden müsse (S. 18). Gleichwohl entsteht bei der Lektüre des Berichts oft der Eindruck, dass angebliche Schwächen der heutigen Vorsorgemodelle von BPK und BLVK undifferenziert dem von beiden Kassen angewandten Mischprimat angelastet werden. Die Grünen erachten dies insofern als problematisch, als eine Behebung dieser angeblichen Schwächen in der Regel auch im heutigen Mischprimat möglich wäre. Wir erwähnten als Beispiel die vor kurzem beschlossene Revision des Gesetzes über die Bernische Pensionskasse, welche mit der Neugestaltung der Verdiensterhöhungsbeiträge (VEB) zu einer Veränderung der Solidaritäten zwischen jüngeren und älteren Versicherten führte. Ebenso könnte unseres Erachtens die Problematik der Mutationsverluste beim Austritt jüngerer Versicherter im Rahmen des heutigen Modells entschärft werden.

In Kapitel 6 des Berichts wird festgestellt, dass im Vergleich mit anderen Pensionskassen öffentlicher Arbeitgeber „bei gleichem Grundlohn der versicherte Verdienst bei BPK und BLVK am tiefsten ist.“ Vor diesem Hintergrund beinhalten die in Kapitel 9 präsentierten Beitragsprimatsmodelle allesamt veränderte Bestimmungen zum Koordinationsabzug. Ganz unabhängig von der Frage, ob eine solche Neugestaltung des Koordinationsabzugs begrüsst wird oder nicht, stellen die Grünen fest, dass diese Neuerung in keiner Art und Weise an einen Wechsel des Primats gebunden ist.

Angesichts dessen hätten die Grünen aus Gründen der Fairness – vor allem aber aus Gründen der Vergleichbarkeit – erwartet, dass auch ein Modell präsentiert worden wäre, welches eine Verbesserung des heutigen Mischprimats vorsieht (siehe hierzu auch unsere Bemerkungen zu Kapitel 9).

Kapitel 8 Vor- und Nachteile einer Änderung des Vorsorgesystems

Das achte Berichtskapitel umfasst die Darstellung einiger Vor- und Nachteile einer Änderung des Vorsorgesystems bzw. eines Primatswechsels. An der Darstellung erstaunt jedoch, dass die Vorteile des Wechsels weitgehend kritiklos präsentiert werden, während die Nachteile in den Augen der Berichtsvorfasser offenbar problemlos heilbar sind. Bei den Vorteilen des Beitragsprimats wird etwa darauf hingewiesen, dass die finanziellen Chancen der Vermögensanlage von den Versicherten genutzt werden können. Dies ist insofern inkorrekt, als die Versicherten über keine Wahlmöglichkeiten für die Pensionskasse verfügen; sie sind vielmehr von den Bedingungen (u.a. Mindestzinssatz) ihrer jeweiligen Vorsorgeeinrichtung abhängig.

Umgekehrt wird darauf hingewiesen, dass bei einem Wechsel zum Beitragsprimat das Anlagerisiko abgeschwächt bzw. teilweise von den Versicherten auf den Arbeitgeber oder den Versicherer abgewälzt werden könnte. Wie genau die Umsetzung dieses Vorhabens aussehen würde, bleibt indessen schleierhaft. Dasselbe gilt für den knappen Hinweis, dass

die Transparenz der Leistungen durch eine „einfach verständliche Information an die Versicherten verbessert werden“ könne.

Kapitel 9 Modelle eines künftigen Beitragsprimats

Wie bereits in den Ausführungen zu Kapitel 4 erwähnt, bedauern es die Grünen sehr, dass der Bericht keine Variante beinhaltet, welche eine pragmatische Weiterentwicklung des heutigen Mischsystems vorsieht. Angesichts der Überschneidungen zwischen Leistungs- und Beitragsprimatsmodellen bzw. individuellem und kollektivem Finanzierungsmechanismus sowie der Tatsache, dass Mängel der Vorsorgesysteme sehr oft in beiden Systemen behoben werden können, wäre eine solche Variante ein eigentliches Muss gewesen. Ohne eine solche Variante ist eine unvoreingenommene Prüfung der Vor- und Nachteile von Leistungs- und Beitragsprimatsmodellen nicht möglich.

Die Grünen haben zudem den Eindruck, dass die Parameter für die vier präsentierten Modelle willkürlich gesetzt wurden. Es ist nach unserem Dafürhalten nicht verständlich, wieso die Modelle nicht auch mit anderen Teuerungsprognosen, Zinssätzen, Laufbahnszenarien usw. gerechnet wurden. Denn Änderungen bei diesen Parametern führen sehr rasch zu einschneidenden Veränderungen beim Rentensatz – und letztlich auch bei den Aussagen über Gewinner und Verlierer. Deshalb erachten es die Grünen als nicht akzeptabel, dass als Entscheidungsgrundlage einzig dieses wenig realistische Modell herangezogen wird. Schliesslich können wir nicht nachvollziehen, wieso die in den letzten Jahren intensiv diskutierte höhere Lebenserwartung der Lehrkräfte vernachlässigt wird, welche im heutigen Leistungsplan der BLVK berücksichtigt wird.

Kapitel 11 Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat

Für die Berechnung der Übergangsbestimmungen existieren die Modelle der statischen und der dynamischen Berechnung. Aus ungeklärten Gründen wird im Bericht davon ausgegangen, dass für die Berechnung letztlich nur die statische Methode in Frage kommt; es drängt sich die Vermutung auf, dass sich die Berichtsaufsteller einzig aus finanziellen Gründen auf die statische Berechnung kaprizieren. Dies ist für die Grünen unverständlich, da gemäss den Projekthypothesen Futura kein Sparprojekt sein soll. Für die Grünen ist klar, dass (im Fall eines Primatswechsels) Leistungseinbussen für die Versicherten vermieden werden müssen. Solche lassen sich nur durch die Verwendung der dynamischen Berechnungsweise verhindern. Auch die Entwicklung bei der Pensionskasse des Bundes (drohende Welle von Frühpensionierungen und riesigem knowhow-Verlust) zeigt, dass ein fairer Übergang zwingend nötig ist.

Fragen stellen sich schliesslich in Zusammenhang mit den Übergangsbestimmungen bei den angeschlossenen Organisationen. Können die an die BPK angeschlossenen Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, die Übergangsbestimmungen für ihre Unternehmung zu finanzieren? Welche Kosten entstehen dadurch den betroffenen Betrieben? Welche Folgen hätte es, wenn die angeschlossenen Organisationen die BPK verliessen? Die Grünen bedauern es, dass der Bericht hier keine Antworten liefert.

Schluss und Anträge

Die Grünen teilen die im Bericht wiedergegebene Einschätzung (S. 37), dass ein Primatswechsel nur in Frage kommt, wenn das neue Modell für die Versicherten und den Kanton klare Vorteile bringt. Überdies erwarten die Grünen, dass ein Wechsel des Primats auf individueller Ebene für die Versicherten zu keinen Einbussen führen darf.

Es ist klar, dass es für diese wichtige Debatte seriöse, unvoreingenommene Entscheidungsgrundlagen braucht. Ein Wechsel des Primats nur um des Wechsels willen kommt für die Grünen nicht in Frage. Denn der Kanton Bern kennt – wie im Bericht zu Recht festgehalten wird – eine gute und breit akzeptierte Vorsorgelösung; die unveränderte Weiterführung des heutigen Beitrags- und Leistungsniveaus hätte für die Versicherten der BPK „keine wesentlichen Marktnachteile zur Folge“.

Nach der Lektüre des Berichts stellen die Grünen fest, dass der Bericht keine Grundlage für einen so bedeutungsvollen Entscheid bietet. Zu viele Fragen bleiben unbeantwortet – zu oft entsteht der Eindruck der Voreingenommenheit. Wenn das Projekt Futura weiterverfolgt werden soll, braucht es eine massive Verbesserung des Berichts.

Gleichwohl ist es den Grünen ein Anliegen, bereits heute darauf hinzuweisen, dass wir angesichts der guten bestehenden Vorsorgelösungen im Kanton Bern grosse Vorbehalte haben, mehr als eine Milliarde Franken einzusetzen, um einen Wechsel des Primats zu erzwingen. Wir sind klar der Meinung, dass diese Mittel in anderen Bereichen sinnvoller investiert werden könnten.

Wir bitten Sie, unsere Überlegungen und Anregungen zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür bestens.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen



Barbara Schwickert
Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern



Monika Hächler
Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern